

UNIVERSITÄT WIEN



An die
Parlamentsdirektion

1017 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 14	-GE/19. 96
Datum: 6. MRZ. 1996	
Verteilt 7.3.96 U	

Wien, 4. März 1996

Betreff: **Stellungnahme zum Änderungsentwurf des
Bundesgesetzes über die Abgeltung von Lehr-
und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen**

In meiner Funktion als Prodekan der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen (SOWI) Fakultät der Universität Wien und als Vorstand des Institutes für Betriebswirtschaft, dem die Koordination zur Aufrechterhaltung des Lehr- und Forschungsbetriebes am Betriebswirtschaftlichen Zentrum (BWZ) der Universität Wien im 21. Wiener Gemeindebezirk obliegt, erlaube ich mir zu o. a. Änderungsentwurf Stellung zu nehmen. Meine Einwände beziehen sich im wesentlichen auf zwei Punkte, welche ich im folgenden näher ausführe:

Am BWZ wurde mit Oktober 1991 der Lehr- und Forschungsbetrieb für die Studienrichtungen Betriebswirtschaft und Internationale Betriebswirtschaft aufgenommen und es zählt mit seinen ungefähr 3000 Studierenden zu den Wachstumsmärkten innerhalb der österreichischen Universitätsstruktur. Es handelt sich hier um eine sehr junge Teilorganisation der Universität Wien, an der dementsprechend ein Großteil der Mittelbauangehörigen den akademischen Grad einer Magistra bzw. eines Magisters trägt. Wenn die im Änderungsentwurf vorgesehenen Maßnahmen im § 2 tatsächlich in einen Normstatus übergeführt werden sollten, ergäben sich diesbezüglich einschneidende Auswirkungen auf das BWZ. Einerseits wäre es m. E. unmöglich den Lehrbetrieb, wie er im Rahmen der Studienordnungen vorgesehen ist, aufrecht zu erhalten, da durch den Entzug der Lehrbeauftragung für noch nicht promovierte Kolleginnen und Kollegen ein Großteil der

Institut für Betriebswirtschaftliche Wissenschaften und Handelshochschule Prof. Dr. Edda Wagner

A-1010 Wien, Rennweg 72, Telefon +43 (0)1 4771 08472

Telefax +43 (0)1 29117-121 E-mail: gds.wagner@univie.ac.at

www.parlament.gv.at

BUNDESGESAMTSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Lehrveranstaltungen gestrichen werden müßte. Andererseits befürchte ich auch eine starke Tendenz beim Mittelbau insgesamt die Universität zu verlassen. Die Karriereperspektiven für den qualifizierten akademischen Nachwuchs werden nicht nur durch die drastischen monetären Kürzungen stark beeinträchtigt, sondern es wird für diesen, verbunden durch die erhöhten Lehrverpflichtungen, beinahe unmöglich, den qualitativ hohen internationalen Forschungsstandards zu genügen.

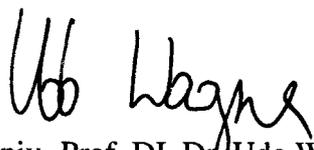
Das Kernstück der Ausbildung am BWZ ist die Studienrichtung Internationale Betriebswirtschaft. Um der internationalen Ausrichtung tatsächlich zu entsprechen, ist es in der Vergangenheit regelmäßig gelungen, renommierte Professoren als Gastvortragende zu gewinnen. Da Gastprofessoren zumeist auf Basis von remunerierten Lehraufträgen lesen, befürchte ich, daß es aufgrund der vorgesehenen Kürzungen zu gravierenden Engpässen, betreffend deren Lehrbereitschaft kommen wird. Gastprofessoren müssen aus ihrer Remuneration sowohl die Reisekosten (z. B. Flug aus Übersee!!!) als auch die Aufenthaltskosten bestreiten. Die einschneidende Reduktion der Lehrveranstaltungsvergütungen, verbunden mit dem hohen Kosteneinsatz, wird zur Folge haben, daß für meine internationalen Fachkollegen und -kolleginnen, die Bereitschaft ihr Wissen unseren Studenten zugänglich zu machen, nicht mehr gegeben sein wird. Statt Internationalisierung wird es möglicherweise zu einer Provinzialisierung der Universität kommen.

Zusammenfassend teile ich Ihnen somit mit, daß ich den von Ihnen zu Begutachtung ausgesandten **Änderungsentwurf des Bundesgesetzes über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeit an Hochschulen entschieden ablehne**. Insgesamt bin ich der Auffassung, daß die geplanten Abgeltungssätze unangemessen und die damit verbundenen Einkommenseinbußen v. a. für den akademischen Mittelbau unzumutbar sind. Ich würde anregen, den o. a. Änderungsentwurf zunächst nicht zur parlamentarischen Abstimmung zu bringen.

Da ich als Betriebswirt natürlich die Notwendigkeit der Änderung der Ausgabenstruktur seitens des öffentlichen Sektor sehe, schlage ich vor, der im Zuge des UOG geplanten Änderung in Richtung mehr Autonomie an Hochschulen Rechnung zu tragen und gemeinsam mit den Universitäten über Einsparungspotentiale zu beraten. Dazu wäre es natürlich notwendig, daß seitens der Ministerien für jede Universitätsorganisation exakte Zahlen bezüglich der Einsparungserfordernisse vorgelegt werden. Selbstverständlich stehe ich zum

„Sparen“, jedoch ist m. E. im, den zukünftigen Wohlstand unserer Gesellschaft sichernden Bildungsbereich, mehr Sensibilität angebracht.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Udo Wagner in black ink.

o. Univ.-Prof. DI. Dr. Udo Wagner